Deutscher Bundestag
5. Wahlperiode

Drucksache V/386

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**27. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 9. März 1966**

**28. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 10. März 1966**

**29. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 11. März 1966**

I. Geschäftsbereich des Bundesministers für gesamtdeutsche Fragen

Abgeordneter **Dr. Kreutzmann**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Zwangsenteignung landwirtschaftlicher Grundstücke grenzdurchschnittener Höfe, die sich im Eigentum von Bundesbürgern befinden, durch die sowjetzonalen Behörden zu verhindern?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft

II. 1. **Abgeordneter Opitz**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß aus der Sowjetzone eingeführte preisgünstige Waren in der Bundesrepublik nicht einfach als „deutsche Waren" angepriesen werden sollten?

II. 2. Abgeordneter **Dröscher** *)

Wie weit gehen die Möglichkeiten militärischer Stellen der US-Stationierungstruppen in Deutschland, die Ausübung wirtschaftlichen Wettbewerbs auf deutschem Boden zugunsten des European Exchange System (EES) zu verhindern, wie das jetzt wieder in Baumholder mit Bulletin Nr. 4 der „Baumholder Military Community" versucht worden ist?

II. 3. Abgeordneter **Moersch**

Welche gesetzlichen Bestimmungen haben die Bundesregierung veranlaßt, bei der Ergänzung des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung um ein Mitglied dem Bundespräsidenten die Entscheidung über die Auswahl aus mehreren Vorschlägen zu übertragen?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

III. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

III. **1. Abgeordneter Dröscher *)**

Warum darf die vom Bund neu erbaute Straße von Baumholder-Erzweiler nach Kusel nicht von deutschen Zivilisten benutzt werden?

III. 2. Abgeordneter **Josten**

Wie weit sind unsere Soldaten mit den verbesserten Uniformen ausgerüstet?

III. 3. Abgeordneter **Brück (Holz)**

Welche Konsequenzen zieht die Bundesregierung aus dem Tod des Soldaten Willi Henrichs vom Fernmelderegiment 751, der trotz teilweiser Erwerbsunfähigkeit zum Wehrdienst einberufen wurde und dessen Klagen über seine Krankheit mit dem Hinweis abgetan wurden, er sei ein Simulant?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers für wissenschaftliche Forschung

IV. 1. Abgeordneter **Kahn-Ackermann**

Welche Haltung beabsichtigt die Bundesregierung in der Ministerkomitee-Sitzung für ELDO am 29. März 1966 in Paris angesichts des britischen Zögerns hinsichtlich der Weiterentwicklung der Europa I - Rakete und der Weiterführung der Träger- und der Nachrichten-Satelliten-Programme einzunehmen?

IV. 2. Abgeordneter **Dr. Hellige**

Welche Möglichkeit sieht die Bundesregierung, den Fortgang der Bauarbeiten an der Göttinger Universität entsprechend den Vorschlägen des Wissenschaftsrates durch Zuweisung von Bundesmitteln sicherzustellen?

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

V **1. Abgeordneter Höhmann (Hessisch Lichtenau)**

Ist der Bundesregierung bekannt, in welchem Umfange die Deutsche Bundesbahn sogenannte „Schaffnerwagen" auf Personenzugstrecken einzuführen gedenkt, in denen Reisende ihre Fahrausweise lösen können, wenn sie an Haltepunkten oder bahnsteiglosen Bahnhöfen eingestiegen sind?

V **2. Abgeordneter Höhmann (Hessisch Lichtenau)**

Ist aus Gründen der Rationalisierung daran gedacht, die „Schaffnerwagen" auch besonders auf wenig rentablen Nebenstrecken im Zonengrenzgebiet einzuführen?

V. 3. Abgeordneter **Höhmann (Hessisch Lichtenau)**

Liegen über das System der „Schaffnerwagen" bereits Erfahrungen vor?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

V. 4. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Wird dafür gesorgt, daß die Pläne zur Stillegung von Bundesbahnstrecken im Zuge der Rationalisierung der Deutschen Bundesbahn laufend mit den sonstigen Verkehrsplanungen des Bundes und der Länder abgestimmt werden?

V. 5. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Wird die Bundesregierung sicherstellen, daß bei der Auswahl von stillzulegenden Bundesbahnstrecken nicht nur Gesichtspunkte der Rentabilität, sondern vor allem auch die sonstige Verkehrslage des betroffenen Gebiets berücksichtigt werden?

V. 6. Abgeordneter **Dr. Wörner**

Ist die Bundesregierung bereit, bei ihren Straßenbauprogrammen die von der Stillegung von Bundesbahnstrecken betroffenen Gebiete künftig vorrangig zu berücksichtigen, um die im Interesse einer vernünftigen Raumordnung unerlässliche Gleichmäßigkeit der Verkehrsbedienung aller Räume zu sichern?

V. 7. Abgeordneter **Richter *)**

Sind die Bundesregierung und die Deutsche Bundesbahn bereit, nach Ablauf von 20 Jahren eine endgültige Entscheidung zu treffen, ob die Bahnlinie Neckarelz—Obrigheim—Meckesheim, die durch Sprengung der Eisenbahnbrücke über den Neckar seit dem Jahre 1945 unterbrochen ist, durch Aufbau der Brücke wieder in Betrieb genommen werden kann?

V. 8. Abgeordneter **Richter *)**

Ist die Deutsche Bundesbahn bereit, bis zur Indienststellung der Strecke Neckarelz—Mekkesheim zwischen den Gemeinden Mörtelstein, Asbach, Daudenzell und Aglasterhausen eine Straßenschnellverbindung zum Ausgleich herzustellen?

V. 9. Abgeordneter **Börner**

Ist die Bundesregierung bereit, die Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung dahin gehend zu ändern, daß Stoßstangen an Kraftfahrzeugen zweckentsprechend in einer bestimmten Höhe angebracht werden müssen?

V. 10. Abgeordneter **Picard**

Ist der Bundesregierung ein Bericht im „Rheinischen Merkur" vom 18. Februar 1966 über die Entwicklung eines neuen Entgiftungsgerätes für Autos bekannt?

V. 11. Abgeordneter **Picard**

Welche Meinung hat die Bundesregierung zur Frage der Eignung des unter V/10 bezeichneten, offenbar neuartigen Gerätes?

V. 12. Abgeordneter **Picard**

Ist die Bundesregierung in der Lage, darüber Auskunft zu geben, wann mit der Vorlage eines Gesetzes zur Reinhaltung der Luft von schädlichen Abgasen der Kraftfahrzeuge zu rechnen ist?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

V. 13. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Was hat die Bundesregierung getan, um zur Verringerung der Luftverunreinigung durch Kraftfahrzeuge dem Antrag des Bundestages vom Januar 1965 zu entsprechen, nämlich unverzüglich Richtlinien über zulässige Grenzwerte für luftverunreinigende Stoffe in Abgasen von Kraftfahrzeugen zu erlassen (Klarstellung und Erläuterung des Begriffs „jeweiliger Stand der Technik" in § 47 Satz 1 Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung)?

V. 14. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Was hat die Bundesregierung getan, um Vorrichtungen zur Entgiftung der Abgase auf ihre Eignung prüfen zu lassen und die Entwicklung solcher Vorrichtungen zu fördern?

V. 15. Abgeordneter **Seibert**

Wann ist die Bundesregierung bereit — parallel zu den jüngsten amerikanischen Vorschriften, ab 1968 alle Otto-Motoren in Personenkraftwagen mit Filtervorrichtungen auszustatten —, § 47 der Straßenverkehrs-Zulassungs-Ordnung in der Weise zu konkretisieren, daß zum gleichen Zeitpunkt auch für alle in der Bundesrepublik Deutschland produzierten und zugelassenen Personenkraftwagen mit Otto-Motoren analoge Auflagen vorgeschrieben werden?

V. 16. Abgeordneter **Seibert**

Ist die Bundesregierung bereit, analoge Vorschriften zu den unter V/15 genannten für Dieselmotoren in Personenkraftwagen und Lastkraftwagen zu erlassen?

V. 17. Abgeordneter **Dr. Apel**

Wie will die Bundesregierung die beträchtlichen Mehrbelastungen an Fahrgeld ausgleichen, die vielen Studenten dadurch entstehen, daß Studenten über 27 Jahre ab 1. März 1966 keine Fahrpreisermäßigungen auf der Bundesbahn mehr erhalten?

V. 18. Abgeordneter **Dr. Apel**

Wurde bei der Einschränkung der in Frage V/17 genannten Vergünstigung berücksichtigt, daß eine stattliche Anzahl von Studenten vor Aufnahme des Studiums ihrer Wehrpflicht nachkommen muß?

V. 19. Abgeordneter **Dr. Apel**

Hält es die Bundesregierung für möglich, den durch die in Frage V/17 erwähnten Einschränkungen betroffenen Studenten wenigstens Arbeitermonatskarten für ihre Fahrten zwischen Universität und Wohnort zu gewähren?

V. 20. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Was gedenkt der Bundesverkehrsminister zu tun, um die ausgesprochene Härte für die Erwachsenen, die über den 2. Bildungsweg (Abendgymnasium, Institut zur Erlangung der Hochschulreife) zum Hochschulstudium kommen oder gekommen sind, zu mildern, die dadurch entstand, daß es seit dem 1. März 1966 keine Schülerfahrkarten mehr bei der Deutschen Bundesbahn für Schüler und Studenten gibt, die über 27 Jahre alt sind?

V. 21. Abgeordneter **Dr. Hammans**

Ist dem Bundesverkehrsminister bekannt, daß gerade die Schüler und Studenten des 2. Bildungsweges oft große Entfernungen zurückzulegen haben, meist verheiratet sind und natürlich häufig in ihren Familien sein möchten?

V. 22. Abgeordneter **Regling**

Ist die Bundesregierung bereit, für die Studierenden, die über den 2. Bildungsweg bis zum Abschluß ihres Studiums in der Regel das 27. Lebensjahr überschreiten, die Einschränkungen der bisherigen Fahrpreisermäßigungen bei der Bundesbahn, insbesondere aber die dabei geschaffene Altersgrenze, die für diesen Personenkreis eine erhebliche Mehrbelastung bedeutet, rückgängig zu machen bzw. eine anderweitige entsprechende Regelung zu treffen, so daß ein Abbruch des Studiums aus diesem Grunde vermieden werden kann?

V. 23. Abgeordnete **Frau Dr. Hubert**

Ist sich die Bundesregierung darüber klar, daß durch die neuen Tarifbestimmungen im Personenverkehr, durch die Fahrpreisermäßigung für Studierende nur bis zum vollendeten 27. Lebensjahr gewährt werden soll, vor allem Studierende des sogenannten 2. Bildungsweges benachteiligt werden?

V. 24. Abgeordneter **Reichmann**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die B 315 in ihrem derzeitigen Zustand nicht in der Lage ist, den zusätzlichen Verkehr aufzunehmen, der durch die Einstellung des Personenreiseverkehrs auf der Nebenbahn Kappel—Gutachbrücke—Bonndorf entstehen würde?

V. 25. Abgeordneter **Reichmann**

Ist die Bundesregierung bereit, die Genehmigung zur Einstellung des Personenreiseverkehrs auf der Nebenbahn Kappel—Gutachbrücke—Bonndorf so lange zu versagen, bis die B 315 derart instandgesetzt ist, daß sie ohne Bedenken und Gefahren auch von zahlreichen Omnibussen benutzt werden kann?

V. 26. Abgeordneter **Reichmann**

Könnte bei einer Stillegung des Reisezugverkehrs auf der Nebenstrecke Kappel—Gutachbrücke—Bonndorf wenigstens sichergestellt werden, daß die Touropa-Reisezüge und die Kindererholungs-Sonderzüge weiterhin nach Lenzkirch und Bonndorf geleitet werden können?

V. 27. Abgeordneter **Josten**

Wie weit wurde der Plan der Deutschen Bundesbahn, an Bahnhöfen die Bahnsteigsperren aufzuheben, bisher verwirklicht?

V. 28. Abgeordneter **Seidel**

Ist es richtig, daß die Weiterführung des Rhein-Main-Donau-Kanals von Nürnberg nach Regensburg von der Bundesregierung noch nicht entschieden und von den Ergebnissen einer Studie des Bundesverkehrsministeriums abhängig ist?

V. 29. Abgeordneter **Killat**

Bis zu welchem Alter werden Fahrpreisermäßigungen für Kinder auf den Eisenbahnen in Österreich, der Schweiz und Italien gewährt?

V. 30. Abgeordneter **Killat**

Ist die Bundesregierung bereit, sich im Rahmen der staatlichen Familienpolitik dafür zu verwenden, daß auch in Deutschland für die Benutzung der Eisenbahnen bei Kindern die Altersgrenze heraufgesetzt wird wie in den unter V/29 genannten Ländern?

V. 31. Abgeordneter **Wendt**

Trifft es zu, daß die Bundesbahnstrecke Schwerte—Warburg zwischen Fröndenberg und Warburg von einer zweigleisigen in eine eingleisige Hauptbahn umgebaut werden soll?

V. 32. Abgeordneter **Felder**

Welche Meinung hat der Bundesverkehrsminister zu der Forderung des Berufsverbandes der Augenärzte Deutschlands, einen Sehtest für Führerscheininhaber — in siebenjährigem Abstand — angesichts der Tatsache einzuführen, daß im abgelaufenen Jahre 2,5 Millionen Kraftfahrer ihr Fahrzeug mit schlechten Augen und ohne Brille steuerten?

V. 33. Abgeordneter **Dr. Hellige**

Beabsichtigt die Bundesregierung eine Autobahnverbindung vom Zonenrandgebiet am Südharz zum Ruhrgebiet entsprechend den Vorschlägen der Industrie- und Handelskammer in Hildesheim zu schaffen?

V. 34. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um die Benutzung kombinierter Fahrkarten für diejenigen Schichtarbeiter zuzulassen, die z. B. mit der Bundesbahn von ihrem Wohnort zum Arbeitsort und mit einem Bundesbahnbus zurückfahren müssen, seit dem 1. März 1966 gezwungen sind, 2 Fahrkarten zu lösen und damit erhöhte finanzielle Ausgaben haben?

V. 35. Abgeordneter **Dr. Marx (Kaiserslautern)**

Kann die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß in jenen Fällen, wo im Berufsverkehr auf der Hinfahrt nur die Benutzung der Bundesbahn und auf der Rückfahrt nur die Benutzung von Bussen der Bundespost (oder umgekehrt) möglich ist, den Benutzern ein einheitlicher und nicht überteuerter Tarif eingeräumt wird?

V. 36. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, die Finanzschwierigkeiten zu beheben, die bei der Beseitigung von Verkehrsmißständen an Kreuzungen zwischen kommunalen Straßen und Bahnstrecken entstanden sind?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

VI. 1. Abgeordneter **Dorn**

Welche Maßnahmen hat die Bundesregierung bisher unternommen, um Verstöße gegen das Fernmeldeanlagen-Gesetz, das die Benutzung von Mikro-Abhöranlagen ohne Genehmigung der Deutschen Bundespost verbietet, festzustellen und zu ahnden?

VI. 2. Abgeordneter **Dorn**

Welche Maßnahmen im Sinne der Frage VI/1 gedenkt die Bundesregierung künftig zu unternehmen?

VI. 3. Abgeordneter **Strohmayr**

Ist die Bundesregierung bereit, den wehrpflichtigen Soldaten in der Bundesrepublik Portofreiheit zu gewähren?

VI. 4. Abgeordneter **Josten**

Ist die Bundesregierung bereit, Maßnahmen zu treffen, damit unsere Wehrpflichtigen während ihrer Dienstzeit kein Briefporto zahlen müssen?

VI. 5. Abgeordneter **Cramer**

Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß bei Übertragung von Fernsprechanlagen auf Mietnachfolger, die vorübergehend noch nicht eingezogen sind, die Einschaltung des Bescheiddienstes verweigert wird, wie dies im Falle „Vorwärts-Verlag" Bad Godesberg geschehen ist?

VI. 6. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**

Ist der Bundespostminister bereit, im Interesse der Beschleunigung des Verkehrsflusses während der Hauptverkehrszeiten und wegen der Parkraumnot in größeren Städten anzuordnen, daß an den Straßenrändern vor Postgebäuden Briefkästen aufgestellt werden, wodurch es den Autofahrern ermöglicht würde, Post einzuwerfen, ohne den Wagen parken zu müssen?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau

VII. 1. Abgeordneter **Baier**

Welche „planerischen Erkenntnisse" (Mitteilung des Bundesministers für Wohnungswesen und Städtebau Nr. 2/66) machen nach Ansicht des Bundeswohnungsbauministers in Zukunft eine Akzentverschiebung im Wohnungsbau erforderlich?

VII. 2. Abgeordneter **Maucher**

Ist dem Bundeswohnungsbauminister bekannt, daß bei der Berechnung des Wohngeldes für die Schwerbeschädigten, die ihre Grundrente kapitalisiert haben, zum Teil erhebliche Nachteile entstehen gegenüber den Beschädigten, die die Kapitalisierung nicht in Anspruch genommen haben?

VII.	3. Abgeordneter **Maucher**	Ist die Bundesregierung bereit, von der Ermächtigung gemäß § 42 Abs. 1 des Wohnungsbaugesetzes Gebrauch zu machen und die Vorschriften für die Berechnung des Wohngeldes so zu gestalten, daß Nachteile für Schwerbeschädigte, die ihre Rente kapitalisieren lassen, beseitigt werden?
VII.	4. Abgeordnete **Frau Freyh**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß laut Urteil eines Frankfurter Gerichts eine Miete von 6,50 DM pro qm Wohnraum in einem dürftigen Altbau als „nicht unangemessen" bezeichnet wurde?
VII.	5. Abgeordnete **Frau Freyh**	Hält die Bundesregierung die gesetzlichen Vorschriften für ausreichend, die den Bürger vor unangemessen hohen Mieten schützen sollen?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Familie und Jugend

VIII.	**1. Abgeordneter Gottesleben**	Trifft es zu, daß die Studenten der Philosophisch-Theologischen Hochschulen (z. B. St. Augustin) von den Vergünstigungen, die der deutsch-französische Freundschaftsvertrag für Studenten vorsieht (Frankreichfahrten u. a.), ausgeschlossen sind, weil diese Hochschulen nur die kirchliche Anerkennung besitzen und der Deutsche Akademische Austauschdienst nur Studenten der staatlich anerkannten Hochschulen berücksichtigen darf?
VIII.	2. Abgeordneter **Gottesleben**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Studenten der Philosophisch-Theologischen Hochschulen in den Gymnasien der Missionshäuser vor staatlichen Prüfungsorganen staatlich anerkannte Reifeprüfungen — mit Französisch als Hauptfach — abgelegt haben?
VIII.	**3. Abgeordneter Gottesleben**	Ist die Bundesregierung bereit, die Studenten der kirchlichen Hochschulen grundsätzlich denen der staatlichen Hochschulen gleichzustellen, zumal diese Studenten in ihrem späteren Berufsleben als Missionare draußen in aller Welt Hervorragendes für den Frieden in der Welt und das Ansehen Deutschlands leisten?

IX. Geschäftsbereich des Bundesschatzministers

IX.	1. Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**	Ist die Bundesregierung bereit, die Bemühungen kommunaler Stellen im Landkreis Bonn um den Bau eines Krankenhauses mit 450 Betten im Raum Duisdorf-Medinghoven durch den Verkauf von bundeseigenem Gelände zu unterstützen?

IX.	2. Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**	Erkennt die Bundesregierung die Notwendigkeit zum Bau des in Frage IX/1 bezeichneten Krankenhauses aufgrund des erheblichen Zuzugs von Bundesbediensteten in den Landkreis Bonn, insbesondere in den Bereich des Amtes Duisdorf, und die sich daraus ergebende Verpflichtung des Bundes an?
IX.	3. Abgeordneter **Schmidt (Würgendorf)**	Glaubt die Bundesregierung der Verpflichtung im Sinne der Frage IX/2 zu entsprechen, indem sie bei der für die Veräußerung erforderlichen Ermittlung des Verkehrswertes für das in Aussicht genommene Waldgelände, das nur für den Bau eines Krankenhauses, niemals jedoch für den Wohnungsbau in Betracht kommt, sich an von ihr gezahlten Preisen für Baugrundstücke in Höhe von 70 DM bis 80 DM pro qm orientiert?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

X.	1. Abgeordneter **Dr. Bardens**	Ist der „chemische Stoff", der nach Angabe des Rheinland-Pfälzischen Innenministeriums zum Schnellhärten Würsten zugesetzt wird und bei dem nach Auffassung des Ministeriums „nicht mit Sicherheit auszuschließen" ist, „daß er gesundheitsschädigend wirkt", nach § 4 a Abs. 1 des Lebensmittelgesetzes zugelassen?
X.	2. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Welche Konsequenzen gedenkt die Bundesregierung aus der Feststellung des Krebskongresses in München zu ziehen, daß in der Bundesrepublik die Frühdiagnose von Krebs, die eine Heilungsquote bis zu 95 Prozent ermöglicht, durch fehlende Beratungsstellen erschwert ist?
X.	3. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um dem Mangel an medizinisch-technischen Assistentinnen abzuhelfen?
X.	4. Abgeordneter **Dr. Müller (München)**	Wann beabsichtigt die Bundesregierung die Bestallungsordnung für Ärzte in dem Sinne zu ändern, daß die Pflichtfamulatur verlängert wird?
X.	5. Abgeordneter **Felder**	Ist das Bundesgesundheitsministerium bereit, allgemein — aber besonders unter den Organisationen der Frauen — eine umfassende Aufklärungsaktion über die Zweckmäßigkeit frühzeitiger Untersuchungen auf Krebsverdacht durchzuführen, und zwar auch unter Hinweis darauf, daß Professor Zinser, Köln, auf dem letzten Krebsforscherkongreß in München erklärt hat, einen Frühfall von Collum-Karzinom zu entdecken und auszuheilen koste etwa 300 DM, während die Heilung eines schon fortgeschrittenen Falles 25 000 DM bis 32 000 DM beanspruche?

X.	6. Abgeordnete **Frau Freyh**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Möglichkeit, im Rahmen der humanitären Hilfsmaßnahmen für Vietnam orthopädische Hilfsmittel für die Bevölkerung zur Verfügung zu stellen?

XI. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

XI.	1. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Ist die Bundesregierung in der Lage, die Zahl derjenigen deutschen Staatsbürger anzugeben, die in den Jahren 1964 und 1965 bei Geschäfts- oder touristischen Reisen nach Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn, Rumänien und Bulgarien ingesamt dort inhaftiert und vor Gerichte gestellt wurden?
XI.	2. Abgeordneter **Dr. Jahn (Braunschweig)**	Wie viele der in Frage XI/1 bezeichneten Staatsbürger befinden sich noch in Haft?
XI.	3. Abgeordneter **Flämig**	Welche Erfahrungen wurden in der Bundesrepublik Deutschland im vergangenen Jahre mit dem Europatag gemacht, der auf Grund einer Empfehlung der Beratenden Versammlung des Europarates und auf Beschluß des Ministerausschusses des Europarates vom 31. Oktober 1964 alljährlich am 5. Mai in allen Ländern des Europarates begangen werden soll?
XI.	4. Abgeordneter **Flämig**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß angesichts der Schwierigkeiten, die innerhalb der Europäischen Gemeinschaften aufgetreten sind, jetzt der mit dem Europatag beabsichtigten Weckung und Stärkung eines europäischen Gemeinschaftsbewußtseins in der Bevölkerung aller europäischen Länder besondere Bedeutung zukommt?
XI.	5. Abgeordneter **Flämig**	Hat die Zahl der Befürworter eines Vereinten Europas, die nach dem Ergebnis einer im Jahre 1962 im Auftrage des Gemeinsamen Informationsdienstes der Europäischen Gemeinschaften durchgeführten Umfrage in der Bundesrepublik nahezu 80% betrug, seit der EWG-Krise im Sommer 1965 abgenommen, zugenommen oder ist sie unverändert geblieben?
XI.	6. Abgeordneter **Genscher**	Welche Konsequenzen ergeben sich für die Anwesenheit französischer Truppen auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland mit Ausnahme Westberlins, wenn diese Truppen nicht mehr dem gemeinsamen NATO-Oberkommando unterstehen?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

XII. 1. **Abgeordneter Biechele**

Treffen nach Meinung der Bundesregierung die Feststellungen und Befürchtungen zu, die die „Neue Zürcher Zeitung" in ihrem Leitartikel „Linksradikalismus an der Freien Universität Berlin" mit dem Untertitel „Umstürzlerische Programme" in der Fernausgabe Nr. 54 vom 24. Februar 1966 darstellt und die so zusammengefaßt werden: „So, wie die Dinge stehen, ist damit zu rechnen, daß die revolutionär Gesinnten im nächsten Semester drei- bis viertausend Studenten auf die Straße bringen werden und daß die Neigung zum Umsturz wächst. Eine solche Annahme ist um so berechtigter, als die radikalen Studenten bereits die Absicht erkennen lassen, das Verbot des Parteitages der SED in Westberlin durch die Westmächte zum Anlaß zu nehmen, um die Demonstrationen gegen die Politik der Amerikaner in Vietnam mit Kundgebungen gegen eine angebliche Unterdrückung der Meinungsfreiheit in Westberlin durch die Amerikaner zu kombinieren."?

XII. 2. **Abgeordneter Biechele**

Erwägt die Bundesregierung Schritte, um den in dem vorstehend zitierten Artikel dargestellten Gefahren zu begegnen?

XII. 3. **Abgeordneter Rollmann**

Wie hat sich die Stärke des Bundesgrenzschutzes in den letzten Jahren entwickelt?

XII. 4. Abgeordneter **Rollmann**

Wie weit ist der Bundesgrenzschutz See wiederaufgebaut worden?

XII. 5. Abgeordneter **Rollmann**

Gelten die Grundsätze der Inneren Führung analog auch für den Bundesgrenzschutz?

XII. 6. Abgeordneter **Dröscher *)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß deutsche Grenzbeamte den amtlichen Mitgliedsausweis des EWG-Parlaments nicht als gültiges Dokument anerkennen, mit dem der deutsche Inhaber in die Bundesrepublik einreisen kann, während das z. B. bei der Einreise in andere EWG-Länder geschieht?

XII. 7. **Abgeordneter Schmitt-Vockenhausen**

Welche Vorstellungen hat die Bundesregierung nunmehr hinsichtlich der Verbesserung der Besoldung der Lehrkräfte im Fachschuldienst des Bundes (Bundeswehr und Bundesgrenzschutz) in dem angekündigten Besoldungsänderungsgesetz (vgl. Fragestunde in der 10. Sitzung am 2. Dezember 1965)?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII.	8. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert**	Welche Erfahrungen haben die Staatsanwaltschaften und die Ermittlungsbeamten der Polizei bisher mit der am 1. April 1965 in Kraft getretenen Strafprozeßrechtsnovelle hinsichtlich der Aufklärungsquote der strafbaren Handlungen und der Zahl der Beschuldigten, die in Untersuchungshaft genommen wurden, gemacht?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

XIII.	1. Abgeordneter **Dorn**	Durch welche gesetzliche Regelung könnte nach Ansicht der Bundesregierung der Verkauf von Mikro-Abhöranlagen unterbunden und damit der vom Grundgesetz garantierte Persönlichkeitsschutz, dem das Gesetz über Fernmeldeanlagen vom 14. Januar 1928 nicht gerecht werden kann, in vollem Umfang sichergestellt werden?
XIII.	2. Abgeordneter **Strohmayr**	Ist der Bundesregierung bekannt, daß nach der derzeitigen Rechtslage Kraftfahrer, die in Sammelgaragen oder auf Privatparkplätzen andere Fahrzeuge beschädigen und sich der Unfallfeststellung entziehen, nicht wegen Unfallflucht belangt werden können, weil keine Teilnahme am öffentlichen Verkehr vorliegt?
XIII.	3. Abgeordneter **Strohmayr**	Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß die unter XIII/2 aufgezeigte Gesetzeslücke geschlossen werden sollte?

XIV. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

XIV.	1. Abgeordneter **Hirsch**	Wann gedenkt die Bundesregierung den zur Einführung des Bundesrückerstattungsgesetzes im Saarland erforderlichen Gesetzentwurf vorzulegen?
XIV.	2. Abgeordneter **Hirsch**	Wann gedenkt die Bundesregierung wieder einen Entwurf für ein Reparationsschädengesetz vorzulegen?
XIV.	3. Abgeordneter **Hirsch**	Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um den zwischen 1933 und 1945 Zwangssterilisierten endlich zu einer Rehabilitierung und sinnvollen Entschädigung für die ihnen widerrechtlich zugefügten Schäden zu verhelfen?
XIV.	4. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg *)**	Ist die Bundesregierung bereit und in der Lage, bei dem angeblich von der Bundesvermögensstelle Bad Kissingen geforderten Walderwerb „Am Brönnhof" der Stadt Schweinfurt im Austausch stadtnahen Wald als Erholungsgebiet zur Verfügung zu stellen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIV.	5. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg *)**	Treffen Behauptungen zu, daß auf dem Schießplatz „An der Haardt" von den dort übenden Verbänden der Verbündeten die Grenzen nicht beachtet werden und bei den Übungen stadteigener Wald benutzt wird?
XIV.	6. Abgeordneter **Dr. Schulze-Vorberg *)**	Ist die Bundesregierung bereit, gegebenenfalls um die Beachtung der Grenzen des unter XIV/5 genannten Schießplatzes zu bitten?
XIV.	7. Abgeordneter **Walter**	Ist die Bundesregierung bereit, die nach dem Grundsatzurteil des Bundesfinanzhofs vom 16. September 1965 (BStBl. III S. 706) betr. Abzugsfähigkeit von Altenteilsleistungen als Betriebsausgaben notwendige Ergänzung des Einkommensteuergesetzes herbeizuführen, damit die nach dieser Entscheidung entstandene Unklarheit alsbald beseitigt wird?

XV. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

XV.	1. Abgeordneter **Schlüter**	Hat die Bundesregierung Kenntnis von der Höhe der Überschwemmungsschäden im Aller/Leine-Gebiet?
XV.	2. Abgeordneter **Schlüter**	Ist der Bundesernährungsminister bereit, sich an Ort und Stelle über die Not der durch Überschwemmungsschäden im Aller/Leine-Gebiet betroffenen Betriebe zu informieren?
XV.	3. Abgeordneter **Schlüter**	Welche Möglichkeiten der Hilfeleistung durch den Bund gibt es für die durch Überschwemmungsschäden im Aller/Leine-Gebiet Betroffenen?
XV.	4. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**	Sind der Bundesregierung die Schwierigkeiten bekannt, die in der Praxis nach dem allgemeinen Bewilligungsstopp für die Mittel zur Förderung von Aufstockungen und Aussiedlungen landwirtschaftlicher Betriebe aufgetreten sind?
XV.	5. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**	Hat die Bundesregierung bereits einen Überblick über das Ausmaß der Härtefälle, die durch den Bewilligungsstopp für die Mittel in Kapitel 10 02 Titel 573 des Bundeshaushaltsplans aufgetreten sind?
XV.	6. Abgeordneter **Dr. Hauser (Sasbach)**	Ist die Bundesregierung bereit, eine Überbrückungsregelung zu treffen für schon genehmigte, in der Bearbeitung weit vorangeschrittene oder bereits angefangene Aussiedlungs- und Althofsanierungsverfahren sowie für solche Verfahren, für die der Bewilligungsstopp eine außerordentliche Härte — so etwa in Brandfällen — bedeutet?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XV. 7. Abgeordneter **Dr. Prassler**

Ist damit zu rechnen, daß die Bundesregierung für das Haushaltsjahr 1967 und folgende entsprechend den Ausführungen des Bundesernährungsministers vom 18. Februar und 2. März 1966 nach dem Beispiel der Vierjahrespläne für die Verkehrsgesetzgebung die Finanzierung der Agrarstrukturpolitik sicherstellt?

XV. 8. Abgeordneter **Sander**

Entspricht es den Tatsachen, wenn in der landwirtschaftlichen Fachpresse (z. B. „Deutsche Landwirtschaftliche Presse" Nr. 9 vom 26. Februar 1966) behauptet wird, daß im Etat des Bundesernährungsministeriums für 1965 Ausgabenreste in einer Höhe von 370 Millionen DM entstanden seien?

XV. 9. Abgeordneter **Geiger *)**

Ist die Bundesregierung bereit, Sonderbestimmungen zum Gesetz über Maßnahmen auf dem Gebiete der Weinwirtschaft und zu den entsprechenden Verordnungen in der Weise zu erlassen, daß Gemeinden, in denen ein Rebflurbereinigungsverfahren läuft oder im Anlaufen ist, erst nach der Flurbereinigung das endgültige Weinbaukataster anlegen?

XV. 10. Abgeordneter **Geiger *)**

Teilt die Bundesregierung die Auffassung, daß es in Gemeinden mit nicht abgeschlossenen Rebumlegungsverfahren zunächst genügt, wenn die Bürgermeisterämter die vorhandenen Weinanbauflächen erfassen und den Statistischen Landesämtern mitteilen?

XV. 11. Abgeordneter **Geiger *)**

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß es eine Gesetzesverletzung darstellt, wenn Gemeinden von sich aus die Anlage des Weinbaukatasters bis zur Beendigung der Flurbereinigung zurückstellen und sich auf die in Frage XV/10 genannte Maßnahme beschränken wollen?

XVI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

XVI. 1. Abgeordneter **Dr. Tamblé**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß in bestimmten Fällen Deutsche, die in Mitteldeutschland als invalide anerkannt waren, in der Bundesrepublik wegen der enger gezogenen Bestimmungen keinen Rentenanspruch haben?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XVI. 2. **Abgeordneter Dr. Tamblé**

Gedenkt die Bundesregierung politische Schlußfolgerungen aus einem kürzlich ergangenen Urteil des Landessozialgerichts Schleswig zu ziehen, das die Invalidität einer aus Mitteldeutschland gekommenen Rentnerin nicht anerkennen konnte, aber gleichzeitig darauf hinwies, daß die Konsequenzen aus der gegebenen Rechtslage politisch unerwünscht seien?

XVI. 3. **Abgeordneter Michels**

Ist die Bundesregierung im Hinblick auf die strukturelle Entwicklung in der Eisen- und Stahlindustrie bereit, Richtlinien über die Gewährung von Beihilfen für Arbeitnehmer der Eisen- und Stahlindustrie, die von Maßnahmen im Sinne des Artikels 56 des Montanunion-Vertrages betroffen werden, mit der Hohen Behörde — unter Beteiligung des Arbeitgeberverbandes Eisen und Stahl und der Industriegewerkschaft Metall — zu vereinbaren, wie das für die Arbeitnehmer des Steinkohlenbergbaus mit den Abkommen vom 5. Januar 1962 und vom 1. Mai 1964 geschehen ist?

XVI. 4. **Abgeordneter Dr. Jahn (Braunschweig)**

Ist die Bundesregierung bereit, die mit einer Reihe europäischer Staaten abgeschlossenen Sozialabkommen, welche die Probleme der Sozialversicherungsansprüche ausländischer Staatsbürger regeln, auch mit Kanada und Australien abzuschließen?

XVI. 5. Abgeordneter **Felder**

Welche Haltung nimmt das zuständige Bundesministerium zu der Forderung des Grünen Kreuzes und der Deutschen Gesellschaft für Arbeitsmedizin ein, die besagt, im Hinblick auf die steigende und nicht unerheblich durch Sehfehler verursachte Zahl der Arbeitsunfälle sollten Sehtests in den Betrieben eingeführt werden, die für jeden Mitarbeiter nur fünf Minuten Zeit kosten und von Laien durchgeführt werden können?

Bonn, den 4. Februar 1966